

Punkt 7 der Tagesordnung

Südumgehung Limburg

**Bericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.09.2011
11/0557**

- **Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr vom 26.11.2012;**
- **Antrag der BZL-Fraktion**

Beschlusslage:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 26.09.2011 folgendes beschlossen:

- „1. Der Magistrat wird aufgefordert, vor der Übermittlung der in den elf Sitzungen des sogenannten Lenkungsausschusses erstellten Unterlagen an das Bundesverkehrsministerium zum Kostenmanagement diese Unterlagen und die hieraus resultierenden Erkenntnisse in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr vorzustellen. An dieser Sitzung sollen alle Gutachter teilnehmen.*
- 2. In der Sitzung ist darzulegen, welche rechtliche Legitimation der sogenannte Lenkungsausschuss hat, eine Grundsatzentscheidung über einen solch grundsätzlichen Straßenbau in Limburg fernab des Parlaments zu treffen.*
- 3. Weiter ist der bisherige Kostenaufwand der Stadt Limburg für alle Untersuchungen zu beziffern.*
- 4. Vor der Sitzung sind den Fraktionen und den Ausschussmitgliedern zur Vorbereitung auf diese Sitzung die vollständigen Unterlagen, die Bewertung und der Entscheidungsvorschlag des Lenkungsausschusses vollständig zur Verfügung zu stellen.“*

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

- „I. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Lenkungsausschusses zur Südumgehung, im aktuellen Verfahrensschritt, zustimmend zur Kenntnis und bittet den Magistrat, alle Schritte in die Wege zu leiten, dass die Vorzugsvariante 2.1 (Alttrasse), in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegebauplans aufgenommen werden kann.*
- II. In den weiteren Verfahrensschritten ist die Stadtverordnetenversammlung entsprechend zu informieren und zu beteiligen.*
- III. Die Stadtverordnetenversammlung behält sich die endgültige Entscheidung über die Südumgehung, in Abhängigkeit der weiteren Planungsergebnisse ausdrücklich vor.“*

Fraktionsvorsitzende Schmüser teilt für die BZL-Fraktion die Ablehnung des Beschlussvorschlages mit dem Zusatz mit, dass es nie eine Südumgehung in Limburg geben wird.

Fraktionsvorsitzende Schardt teilt für die FDP-Fraktion die Ablehnung des Beschlussvorschlages mit, da die Alttrasse die Innenstadt zerschneidet und für Limburg keine Umgehung darstellt. Es wurden keine ernsthaften Alternativen geprüft, so abschließend Fraktionsvorsitzende Schardt.

Fraktionsvorsitzender Laux teilt für die FWG-Fraktion die Ablehnung des Beschlussvorschlages mit. Die FWG-Fraktion strebt eine Lösung an, allerdings nicht in der jetzigen Eile. Wir können der Empfehlung des Lenkungsausschusses nicht folgen, so abschließend Fraktionsvorsitzender Laux.

Stadtverordneter Geis begründet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ablehnung des Beschlussvorschlages des Ausschusses sowie jegliche Umgehungsvarianten. Des Weiteren beantragt Stadtverordneter Geis eine namentliche Abstimmung zum Beschlussvorschlag des Ausschusses.

Fraktionsvorsitzende Schmüser stellt für die BZL-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, eine Betroffenheitsanalyse für die Schülerinnen und Schüler der Erich-Kästner-Schule und Goetheschule zu erstellen.“

Fraktionsvorsitzender Rompf gibt zunächst für die SPD-Fraktion folgende Notiz zu Protokoll:

„Südumgehung Limburg

Die SPD-Fraktion bekräftigt, dass sie sich im Rahmen des weiteren Verfahrens und der weiteren Planungsschritte für folgende Modifizierung der bisherigen Variante der Südumgehung (Variante 2.1) einsetzt:

1. Tunnel zwischen Holzheimer und Wiesbadener Straße.
2. Keine Anbindung der Holzheimer und Wiesbadener Straße.
3. Die B 8 (Frankfurter Straße) bleibt die Anbindung in die Innenstadt.
4. Die Anbindung an die Umgehung auf rheinland-pfälzischer Seite erfolgt im Industriegebiet Diez.

Die SPD-Fraktion wird ihre weitere Unterstützung der Südumgehung von den genannten Punkten abhängig machen.“

Des Weiteren begründet Fraktionsvorsitzender Rompf die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag des Ausschusses vom 26.11.2012 und teilt die Zustimmung zur beantragten namentlichen Abstimmung mit.

Der Antrag der BZL-Fraktion ist aus Sicht der SPD-Fraktion zu früh gestellt und ist daher abzulehnen, so abschließend Fraktionsvorsitzender Rompf.

Fraktionsvorsitzender Köberle begründet für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Dabei orientiert sich die CDU-Fraktion an den fachlichen Möglichkeiten und folgt der Empfehlung des Lenkungsausschusses. Die CDU-Fraktion stimmt der namentlichen Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt ausdrücklich zu und lehnt gleichzeitig den Antrag der BZL-Fraktion als verfrüht ab.

Nachdem alle Wortmeldungen erfolgt sind, gibt Stadtverordnetenvorsteher Dettmann nochmals die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr vom 26.11.2012 bekannt.

Stadtverordnetenvorsteher Dettmann lässt über den Antrag auf namentliche Abstimmung zur Beschlussempfehlung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr vom 26.11.2012 zur Thematik Südumgehung in namentlicher Abstimmung.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 44

Sodann erfolgt die namentliche Abstimmung zur Beschlussempfehlung.

Das Ergebnis ist in der Anlage festgehalten.

Beschluss zur Drucksache 11/0557, hier: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr vom 26.11.2012:

„I. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Lenkungsausschusses zur Südumgehung, im aktuellen Verfahrensschritt, zustimmend zur Kenntnis und bittet den Magistrat, alle Schritte in die Wege zu leiten, dass die Vorzugsvariante 2.1 (Alttrasse), in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegebegriffs aufgenommen werden kann.“

II. In den weiteren Verfahrensschritten ist die Stadtverordnetenversammlung entsprechend zu informieren und zu beteiligen.

III. Die Stadtverordnetenversammlung behält sich die endgültige Entscheidung über die Südumgehung, in Abhängigkeit der weiteren Planungsergebnisse ausdrücklich vor.“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	31
Nein-Stimmen	13

Abschließend lässt Stadtverordnetenvorsteher Dettmann über den Antrag der BZL-Fraktion, eine Betroffenheitsanalyse zu erstellen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	12
Nein-Stimmen	32

Damit ist der Antrag der BZL-Fraktion abgelehnt.

Verteiler für die Verwaltung:

Bürgermeister zur Kenntnis

1. Stadtrat zur Kenntnis

Amt 14 zur Kenntnis

Amt 20 zur Kenntnis

Stabsstelle 03 zur Kenntnis

Amt 61 zur Kenntnis und zum Weiteren

Abt. 101-1 zur Kenntnis und zum Weiteren

D. M.